Elektromobilität

Bundesregierung bremst in Europa

Die Bundesregierung hintertreibt auf europäischer Ebene Bemühungen der EU-Kommission, möglichst viele Parkplätze von öffentlichen und privaten Gebäuden mit Ladestation für Elektroautos auszustatten. Beim Energieministerrat am 26. Juni in Luxemburg sprach sich der deutsche Vertreter, Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake, gegen entsprechende weitreichende Vorschläge der Kommission aus. Die Kommission hatte vorgeschlagen, dass bei kommerziell genutzten Gebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen jeder zehnte Parkplatz mit einer Ladesäule ausgestattet werden sollte. Bei allen Wohngebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen sollte danach sogar jeder Parkplatz mit einer Vorverkabelung versehen werden.

Dies wurde jedoch „von Deutschland wie von einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten als zu weitgehend abgelehnt“, heißt es in einem Sachstandsbericht für den Rat. Nun soll es bei Nichtwohngebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen insgesamt nur eine Ladesäule geben. Bei Wohngebäuden ist überhaupt keine Vorverkabelung mehr vorgesehen, stattdessen sollen lediglich Leerröhren verlegt werden. Die Bundesregierung hatte argumentiert, dass die von der EU verpflichtend vorgeschlagenen Elektrotankstellen zu „einer Kostenexplosion für dringend benötigten neuen Wohnraum geführt“ hätten. Das Verhalten Deutschlands steht im Widerspruch zu den Äußerungen von Kanzlerin Angela Merkel und ihrem sozialdemokratischen Herausforderer Martin Schulz, die sich im Wahlkampf beide für die Elektromobilität stark machen. Merkel will sich Anfang September mit Vertretern von Städten und Gemeinden treffen, um, wie sie sagt, zu klären, wie die Lade-Infrastruktur für Elektroautomobile verbessert werden könne. mp

Lesen Sie auch Seite 118: Automobile

STEFAN HOYER / INTERTOPICS / PA

Ladestation für Elektroautos in Hamburg

Kohlekraftwerke

Länder wollen Klage gegen Brüssel

Vier Bundesländer fordern aus Sorge um ihre Industriestandorte das Bundeswirtschaftsministerium auf, gegen die strengen Umweltauflagen der EU für Braunkohlekraftwerke zu klagen. In einem Brief an Ministerin Brigitte Zypries (SPD) mahnt Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) auch im Namen seiner Amtskollegen in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, „alle politischen und rechtlichen Mittel auszuschöpfen“. Hintergrund sind neue EU-Grenzwerte für Quecksilber und Stickoxid, die für die Großkraftwerke kaum zu erreichen seien. Die Kanzlei Freshfields kam in einem Gutachten für den Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein zu dem Schluss, dass die Grenzwerte für Quecksilber einer fehlerhaften Datenbasis entspringen. US-Grenzwerte seien falsch umgerechnet worden. Die neuen Werte für Stickoxid wiederum seien technisch und wirtschaftlich nicht vertretbar zu erreichen. Tillich fordert eine Nichtigkeitsklage Deutschlands gegen die EU-Kommission. stw

PHOTOTHEK / IMAGO

Braunkohlekraftwerk im sächsischen Boxberg

Eierskandal

Weiterer Giftstoff entdeckt

Die Desinfektionslösung „Dega 16“, die als Auslöser des Skandals um Millionen verseuchte Hühnereier gilt, enthielt offenbar nicht nur das Kontaktgift Fipronil, sondern auch einen weiteren gefährlichen Wirkstoff: das Pestizid Amitraz. Das geht aus einem vertraulichen Lagebericht des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hervor. Demnach stießen belgische Behörden bei der Untersuchung von sichergestellten „Dega 16“-Kanistern auf Amitraz-Spuren. Den brisanten Fund meldeten die Belgier bereits im Juli über das europäische Lebensmittel-Schnellwarnsystem an die übrigen EU-Staaten. Amitraz ist ein Gift, das gegen Insekten und Milben eingesetzt wird, etwa bei Hunden. Als Pflanzenschutzmittel ist es seit 2008 EU-weit nicht mehr zugelassen, bei Menschen kann Amitraz zu Sprachstörungen, niedrigem Blutdruck und Desorientiertheit führen. Ob und inwieweit das Gift in die Eier gelangte, wird derzeit offenbar noch geprüft. Nach Angaben des BVL führe die niederländische Verbraucherschutzbehörde NVWA entsprechende Untersuchungen durch, habe aber „bis jetzt nichts gefunden“. Die NVWA ließ eine Anfrage bis Redaktionsschluss unbeantwortet. In Deutschland gab es offenbar noch keine größere Überprüfung auf Amitraz. Die belgische Lebensmittelaufsicht FASNK bestätigte Amitraz-Funde in zwei „Dega 16“-Proben. Für Konsumenten habe jedoch „zu keinem Moment eine Gefährdung“ bestanden, sagte FASNK-Sprecher Jean-Sébastien Walhin. Die belgische Justiz ermittelt derzeit gegen den Lieferanten von „Dega 16“, das offenbar nie von einer Behörde zugelassen wurde. In den Niederlanden sitzen zwei Chefs eines Stallreinigungsbetriebs in Untersuchungshaft, die „Dega 16“ als angebliches Wundermittel gegen Parasiten in vielen Hühnerställen versprüht haben (SPIEGEL 33/2017). mp, red, srö